Antrag

**der Abg. Dr. Timm Kern und
Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Bürokratieabbau an Schulen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwiefern sie über ein bestehendes Konzept verfügt, das das Thema Bürokratieabbau an Schulen in Baden-Württemberg behandelt;
2. welche Organisationseinheiten im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit dem Thema Bürokratieabbau betraut sind (bitte unter Darstellung der Aufgaben, die die jeweiligen Stellen im Hinblick auf Entbürokratisierung an Schulen bearbeiten);
3. ob ihr bekannt ist, dass Schulen durch übermäßigen (landesseitig staatlichen) E-Mail-Verkehr belastet werden, da diese nicht an den konkret zu adressierenden Personenkreis (bspw. Lehrkräfte einer bestimmten Schulart), sondern gleich an alle möglichen Adressaten (bspw. alle Lehrkräfte aller Schularten) versandt werden (bitte bei Bejahung darauf eingehen, weshalb dies der Fall ist und weshalb das Problem ggf. nach wie vor besteht);
4. inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Softwares ASD-BW (Amtliche Schuldaten Baden-Württemberg) und ASV-BW (Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg) besonders benutzerunfreundlich sind (bitte bei der Begründung darauf eingehen, wann und auf welche Weise beide genannten Softwares zuletzt evaluiert wurden);

5. inwiefern sie der Auffassung ist, dass medizinische Belange, wie unter anderem Gefährdungsbeurteilungen für Schwangere, Beantwortungen von Fragebögen für Ärzte, Überprüfungen der Medikation bspw. von Schülerinnen und Schülern mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung), Infektionsschutzbelehrungen für Beschäftigte und erneute Masernabfragen bei der Anmeldung an der Grundschule – obgleich diese bereits zuvor an den Kindertagesstätten erhoben wurden –, angesichts des schlechten Versorgungsgrads an Schulen, einem gravierenden Lehrkräftemangel, immer mehr unbesetzten Schulleitungsstellen und überforderten Schulleiterinnen und Schulleitern sowie einer rasant steigenden Zahl von Unterrichtsausfällen in die Zuständigkeit der Schulen fallen sollten;
6. inwiefern sie die Auffassung teilt, dass die Ausarbeitung von Medienentwicklungsplänen und Medienthemenplänen einen enormen Zeitaufwand erfordert (bitte darauf eingehen, ob sie die Notwendigkeit bzw. Möglichkeiten sieht, diesen Zeitaufwand zu reduzieren);
7. inwiefern aus ihrer Sicht Aufgaben im Sicherheitsbereich, wie dem Führen von Gefahrstoffverzeichnissen, der Überwachung der jährlichen Tafel-, Elektrogeräte-, Turngeräteprüfung, dem Erstellen, Überprüfen und Aktualisieren von Betriebsanweisungen für Versuche und Maschinen, die jährliche Belehrung der Lehrkräfte zum Arbeitsschutz (bspw. die Einweisung in die Handhabung von Leitern und Tritten etc.), Einweisungen in den Brandschutz und anderer Sicherheitsregularien, Begehungen, u. a. mit Kostenträgern, der Unfallkasse, dem Arbeitsschutz und der Feuerwehr, der Erstellung von Schul- und Radwegeplänen sowie Flucht und Rettungsplänen, unbedingt vom Lehr- oder Schulleitungspersonal übernommen oder nicht auch von anderen Personen, die nicht pädagogisch tätig sind, übernommen werden könnten;
8. ob und wenn ja, auf welche Weise sie im Erstellen und in der Pflege des Schulportfolios, bei der Bearbeitung statistischer Abfragen sowie in der Bearbeitung von wöchentlichen Online-Formular-Tool-Umfragen (OFT-Umfragen) zeitraubende Faktoren für Schulleitungen und Lehrpersonal sieht;
9. inwiefern sie der Auffassung ist, dass das Anfertigen und Bearbeiten von Berichten wie dienstliche Beurteilungen sowie pädagogische Berichte für das Jugendamt und für das zweistufige Verfahren zur sonderpädagogischen Überprüfung, dazu das Führen zahlreicher Dienstbesprechungen bspw. mit dem Schulamt, dem Schulträger, Fördervereinen – die sich stellenweise inhaltlich sogar doppeln –, schulinterne Fortbildungen für Lehrkräfte, pädagogisches Assistenzpersonal sowie für Schülerinnen und Schüler – inklusive der zahlreichen Absprachen im Vorfeld und im Nachgang – für Schulleitungen und das betroffene Lehrpersonal sehr viel Zeit in Anspruch nehmen;
10. ob und wenn ja, in welchem Ausmaß sie bezüglich der etlichen Hürden beim Datenschutz, wie das Einholen und Archivieren der Datenschutzeinwilligung bei Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Kolleginnen und Kollegen, dazu dem Anlegen von Verfahrensverzeichnissen zum Datenschutz und das Erteilen von Auskünften über Daten bürokratische Hürden für Schulleitungen und Lehrkräfte erkennt;
11. inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Verteilung der folgenden Aufgaben auf Schulleitungen und Lehrkräfte bestmöglich umgesetzt sind: Verwaltung und Vertragswesen für Dienstgeräte sowie Überprüfung des Einsatzes von Privatgeräten von Lehrkräften an den Schulen;

12. wie sie die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Realschullehrerinnen und Realschullehrer hinsichtlich schulfreundlicherer Terminierungen der Abschlussprüfungstermine, der Abschaffung der Regel, dass Schulleiterinnen und Schulleiter bspw. Prüfungen persönlich von den Staatlichen Schulämtern abholen müssen sowie der Einführung eines Unterrichtsendes ab dem Beginn der mündlichen Prüfungen an Realschulen bewertet;
13. inwiefern eine Abschaffung der Gleichwertigen Feststellungen von Schülerleistungen (GFS), Projektarbeiten im M-Niveau an Realschulen, der schriftlichen Prüfungen in den Wahlpflichtfächern bzw. die Neugestaltung oder der Wegfall der sogenannten Kompetenzanalyse Profil AC mit Entlastungen für das pädagogische Personal einhergehen (bitte bei der Begründung darauf eingehen, inwiefern man Lehrkräfte der verschiedenen betroffenen Schularten hierzu befragt hat oder noch zu befragen gedenkt);
14. inwiefern sie bezüglich der Ziffern 3 bis 13 Optimierungsbedarf sieht und diesen zeitnah umzusetzen gedenkt (bitte bei der Begründung darauf eingehen, welche Optimierungsmaßnahmen zum Bürokratieabbau wann umgesetzt werden sollen und inwiefern die entsprechenden Regelungen im Landesrecht begründet sind);
15. inwiefern sie an Schulen auch die Einstellung von Verwaltungs- und anderweitigen Assistenten als adäquate und wirksame Bürokratieabbaumaßnahme ansieht (bei Bejahung bitte darauf eingehen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese Einstellung unterstützt);

II.

eine Task Force im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport einzurichten, welche regelmäßig die Organisations- bzw. Verwaltungsabläufe in den Schulen auf ihre Effizienz, Zweckmäßigkeit und ihren Grad an Bürokratisierung untersucht und konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei schulischen Abläufen vorschlägt.

30.3.2023

Dr. Timm Kern, Dr. Schweickert, Trauschel, Birnstock, Dr. Rülke, Haußmann, Goll, Weinmann, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Reith, Scheerer FDP/DVP

Begründung

Bürokratie sorgt unter anderem für Gerechtigkeit. Somit ist Bürokratie auch ein hohes Gut der Verlässlichkeit. Doch wenn ein Übermaß an Bürokratie effiziente Abläufe ver- oder behindert und deren Aufwand nicht mehr im Verhältnis zum Nutzen steht, liegt Überbürokratisierung vor. Dies ist insbesondere der Fall, wenn überzogene Handlungsweisen, Vorschriften und deren Erfüllung über der jeweiligen Aufgabe und dem Ziel stehen und dabei unnötige, überzogene oder alltagsfremde Anforderungen gestellt werden. Aufgrund der derzeitigen Personallage an Schulen in Baden-Württemberg und der zunehmenden zeitlichen Überforderung von Schulleitungen und Lehrkräften mit nichtpädagogischen Aufgaben müssen schulbetriebliche Abläufe in den Fokus gerückt und auf ihren Effizienz- und Bürokratisierungsgrad hin genauer untersucht werden. Schon vor der Coronapandemie war der Grad an Bürokratisierung im Schulbetrieb enorm hoch und die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gegeben. Doch mit der Coronapandemie hat sich dies noch dramatisch verschärft. Anstatt weniger bräuchten Schulleitungen und Lehrkräfte mehr Zeit für pädagogische Aufgaben. Dieser Antrag behandelt deshalb das Thema Bürokratieabbau an Schulen und möchte den Stand zu etwaigen Konzepten und Maßnahmen hierzu genauer erfragen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. April 2023 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. inwiefern sie über ein bestehendes Konzept verfügt, das das Thema Bürokratieabbau an Schulen in Baden-Württemberg behandelt;

Das Kultusministerium arbeitet kontinuierlich daran, Verwaltungsverfahren und -abläufe effizient zu gestalten und unnötige Bürokratie systematisch abzubauen. Bei der Gestaltung neuer Gesetze und Verordnungen werden Nutzen und Lasten abgewogen, um die Belastungen auf das notwendige Maß zu reduzieren und die Kosten, welche durch die Anwendung von Vorschriften entstehen, zu senken. Des Weiteren wird verstärkt das Augenmerk auf die Themen der besseren Rechtsetzung gelegt, um Regelungen praxistauglicher, wirksamer und nutzerorientierter zu machen. Zielsetzung ist, die Beteiligten (einschließlich der Mitarbeitenden der Verwaltung) frühzeitig einzubeziehen sowie den (digitalen) Vollzug bereits bei der Gestaltung von Regelungen mitzudenken, um die Akzeptanz und Vollzugstauglichkeit von Regelungen zu erhöhen.

Gemeinsam mit den anderen Ministerien werden neue Herangehensweisen und Methoden erarbeitet und erprobt, Best Practices gesammelt, Wissen aufgebaut und Erfahrungen ausgetauscht. Hierbei werden die Themen Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung stetig weiterentwickelt. Die Fortschritte und Ergebnisse werden transparent kommuniziert (z. B. über die Jahresberichte der Landesregierung zum Bürokratieabbau, Bürokratievermeidung und bessere Rechtsetzung; Themenseiten des Staatsministeriums zu Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau).

2. welche Organisationseinheiten im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit dem Thema Bürokratieabbau betraut sind (bitte unter Darstellung der Aufgaben, die die jeweiligen Stellen im Hinblick auf Entbürokratisierung an Schulen bearbeiten);

Dem Kultusministerium ist die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ein wichtiges Anliegen, damit Schulleitungen und Lehrkräfte ihre originären Aufgaben effizient erfüllen können. Um die Themen Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung voranzutreiben und zu koordinieren, wurden ressortübergreifende Strukturen etabliert. Dafür wurde mit dem Amtschefausschuss Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau eigens ein Steuerungsgremium eingerichtet, in dem alle Häuser hochrangig vertreten sind.

Das Organisationsreferat ist die koordinierende Stelle für die Kultusverwaltung für den Bürokratieabbau und befasst sich zudem inhaltlich mit dem Bürokratieabbau im Verwaltungsbereich. Insgesamt ist der Bürokratieabbau im Bereich des Kultusministeriums jedoch dezentral organisiert und vollzieht sich entlang der fachlichen Zuständigkeiten.

3. *ob ihr bekannt ist, dass Schulen durch übermäßigen (landesseitig staatlichen) E-Mail-Verkehr belastet werden, da diese nicht an den konkret zu adressierenden Personenkreis (bspw. Lehrkräfte einer bestimmten Schulart), sondern gleich an alle möglichen Adressaten (bspw. alle Lehrkräfte aller Schularten) versandt werden (bitte bei Bejahung darauf eingehen, weshalb dies der Fall ist und weshalb das Problem ggf. nach wie vor besteht);*

Die Schulen erhalten Informationen des Kultusministeriums in der Regel entweder auf dem Dienstweg über die Schulaufsichtsbehörden oder unmittelbar durch elektronischen Versand über die zuständigen Fachreferate oder das Service Center Schulverwaltung. Dabei wird darauf geachtet, dass die E-Mails nur an den betroffenen Adressatenkreis gerichtet sind, für den die Informationen zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.

4. *inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Softwares ASD-BW (Amtliche Schuldaten Baden-Württemberg) und ASV-BW (Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg) besonders benutzerunfreundlich sind (bitte bei der Begründung darauf eingehen, wann und auf welche Weise beide genannten Softwares zuletzt evaluiert wurden);*

ASV-BW wurde als Schulverwaltungsprogramm nach den allgemein gültigen Regeln der Softwareergonomie entwickelt. Zur anwendergerechten Ausrichtung während der Softwareerstellung wurden Schulleitungen und Mitarbeitende der Schulen eng in den Anforderungsprozess eingebunden, sodass auch anwenderfreundliche Optimierungen initiiert und umgesetzt wurden. Rückmeldungen der Anwendenden gehen über den technischen Support (Service Center Schulverwaltung) ein, Verbesserungen und Optimierungen werden fortlaufend im Rahmen der verfügbaren Mittel bzw. des kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozesses der Software berücksichtigt und realisiert.

Zusammen mit ASV-BW bildet ASD-BW ein integriertes Gesamtsystem für die Schulverwaltung des Landes Baden-Württemberg.

ASD-BW ist seit vielen Jahren das Zentralsystem für die Erhebungen zur Prognose und Statistik. Die erhobenen Daten sind Grundlage der Bedarfsplanung und Ressourcensteuerung. Darüber hinaus dient es zur Verwaltung der Dienststellen und zur Abwicklung von Personalvorgängen und der Personalressourcenverwaltung. Für die Umsetzung der datengestützten Qualitätsentwicklung ist ASD-BW u. a. mit Blick auf die dort verankerte zentrale Datenbank ebenfalls wesentlich.

5. *inwiefern sie der Auffassung ist, dass medizinische Belange, wie unter anderem Gefährdungsbeurteilungen für Schwangere, Beantwortungen von Fragebögen für Ärzte, Überprüfungen der Medikation bspw. von Schülerinnen und Schülern mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung), Infektionsschutzbelehrungen für Beschäftigte und erneute Masernabfragen bei der Anmeldung an der Grundschule – obgleich diese bereits zuvor an den Kindertagesstätten erhoben wurden –, angesichts des schlechten Versorgungsgrads an Schulen, einem gravierenden Lehrkräftemangel, immer mehr unbesetzten Schulleitungsstellen und überforderten Schulleiterinnen und Schulleitern sowie einer rasant steigenden Zahl von Unterrichtsausfällen in die Zuständigkeit der Schulen fallen sollten;*
7. *inwiefern aus ihrer Sicht Aufgaben im Sicherheitsbereich, wie dem Führen von Gefahrstoffverzeichnissen, der Überwachung der jährlichen Tafel-, Elektrogeräte, Turngeräteprüfung, dem Erstellen, Überprüfen und Aktualisieren von Betriebsanweisungen für Versuche und Maschinen, die jährliche Belehrung der Lehrkräfte zum Arbeitsschutz (bspw. die Einweisung in die Handhabung von Leitern und Tritten etc.), Einweisungen in den Brandschutz und anderer Sicherheitsregularien, Begehungen, u. a. mit Kostenträgern, der Unfallkasse, dem Arbeitsschutz und der Feuerwehr, der Erstellung von Schul- und Radwegeplänen sowie Flucht und Rettungsplänen, unbedingt vom Lehr- oder Schulleitungspersonal übernommen oder nicht auch von anderen Personen, die nicht pädagogisch tätig sind, übernommen werden könnten;*

Die Fragen 5 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Zuständigkeit der Schulen für die genannten Aufgaben ergibt sich größtenteils unmittelbar aus bundesrechtlichen Bestimmungen, die ressortübergreifend zu beachten sind.

Dies gilt insbesondere für die Vorgaben zum Schutz Schwangerer (§ 10 Mutterschutzgesetz, § 5 Arbeitsschutzgesetz), die Pflicht zur Überprüfung der Nachweise über hinreichenden Masernschutz (vgl. § 20 Infektionsschutzgesetz [IfSG]) und zur Durchführung regelmäßiger Infektionsschutzbelehrungen für Beschäftigte (vgl. § 34 Abs. 5a IfSG).

Die Verantwortlichkeit für den Arbeits- und Mutterschutz an Schulen wurde nach § 13 Arbeitsschutzgesetz für den inneren Schulbereich der Schulleitung übertragen. Die Schulleitung kann zuverlässige und fachkundige Personen schriftlich damit beauftragen, die ihr obliegenden Aufgaben nach dem Arbeitsschutzgesetz in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Aufgaben, die den inneren Schulbereich betreffen, können jedoch nicht ohne Weiteres auf das Personal anderer Arbeitgeber, z. B. des Schulträgers übertragen werden.

Das Kultusministerium unterstützt in Absprache mit der zuständigen Aufsichtsbehörde die Schulleitungen mittels Mustergefährdungsbeurteilungen und Handreichungen, die laufend aktualisiert werden. Darüber hinaus haben die Schulleitungen die Möglichkeit, sich durch die Fachkräfte und Betriebsärzte der durch das Kultusministerium beauftragten B.A.D Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH unterstützen zu lassen.

Ergänzend bietet die Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW), in Abstimmung mit dem Kultusministerium u. a. die Software „GefBU“ zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen an beruflichen Schulen an. Sie unterstützt die beruflichen Schulen insbesondere bei der Erarbeitung und Dokumentation von sogenannten arbeitsplatz- und tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilungen. Die Software „GefBU“ sowie die Muster-Materialien können über das Downloadportal UKBW-infoAS (<https://ukbw.vur.jedermann.de>) von den Schulen kostenfrei abgerufen werden. Auch werden für Schulleitungen und Lehrkräfte regelmäßig Fortbildungen zu Arbeitsschutzthemen angeboten.

Zum Thema Masernschutz hat das Kultusministerium ebenfalls eine Handreichung und weitere Dokumente zur Verfügung gestellt. Das zuständige Gesundheitsamt kann ferner um Unterstützung gebeten werden, sofern Impfausweise oder andere Nachweise (z. B. fremdsprachige Dokumente) nicht bewertet werden können.

Soweit die Schule außerhalb von Unfällen oder Notfällen im medizinischen Bereich tätig wird und beispielsweise die Medikamenteneinnahme von Schülerinnen und Schülern überwacht, handelt sie nicht kraft ihres eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrages, sondern im Auftrag der Eltern. Bei der Medikamentenverabreichung wird die Schule nur im Rahmen der Zumutbarkeit tätig und soweit die Verabreichung durch die Eltern vor Unterrichtsbeginn oder nach Unterrichtsende nicht ausreicht und die Schülerin oder der Schüler hierzu nicht selbst in der Lage ist.

Bei der Erstellung von Flucht- und Rettungswegplänen, den gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen der elektrischen Betriebsmittel sowie dem Führen eines Gefahrstoffverzeichnisses handelt es sich um Angelegenheiten des äußeren Schulbereichs, die dem Schulträger als Sachkostenträger obliegen.

6. inwiefern sie die Auffassung teilt, dass die Ausarbeitung von Medienentwicklungsplänen und Medienthemenplänen einen enormen Zeitaufwand erfordert (bitte darauf eingehen, ob sie die Notwendigkeit bzw. Möglichkeiten sieht, diesen Zeitaufwand zu reduzieren);

Die Erstellung eines pädagogisch-technischen Konzepts (Medienentwicklungsplan) in einer Schule und dessen Abstimmung mit dem Schulträger stellt sicher, dass pädagogische Zielsetzungen leitend für die Beschaffung sind und in Einklang mit den Maßnahmen der Lehrkräftefortbildung sowie der schulischen Prozessentwicklung stehen. So wird verhindert, dass Investitionen ohne konkretes Nutzungsszenario getätigt werden. 2016 hatten sich nur rund ein Drittel der Schulen mit dem Thema der Medienentwicklungsplanung beschäftigt, heute sind es über 90 %.

Der Aufwand für die Erstellung eines schulischen Medienentwicklungsplans ist abhängig von einer Reihe von Faktoren wie dem Stand der Schulentwicklung, dem Grad der etablierten Kooperation mit dem Schulträger, der Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die den Schulen flächendeckend zur Verfügung stehen sowie dem bei Schule und Schulträger vorhandenen Know-how in technisch-pädagogischer Hinsicht.

Auch vor dem Hintergrund der im DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 realisierten Investitionsvolumina ist das Kultusministerium überzeugt davon, dass der Medienentwicklungsplan ein zentraler Gelingensfaktor der Digitalisierung ist.

Für zukünftige Entwicklungen schreiben die Schulen den Medienentwicklungsplan im Rahmen der Prozesse der Schul- und Unterrichtsentwicklung fort. Der Aufwand einer Fortschreibung ist geringer als jener für eine Neuentwicklung.

8. ob und wenn ja, auf welche Weise sie im Erstellen und in der Pflege des Schulportfolios, bei der Bearbeitung statistischer Abfragen sowie in der Bearbeitung von wöchentlichen Online-Formular-Tool-Umfragen (OFT-Umfragen) zeitraubende Faktoren für Schulleitungen und Lehrpersonal sieht;

Die jährliche amtliche Schulstatistik wird 2023/2024 vollständig auf ein elektronisches Verfahren, die sogenannte Elektronische Schulstatistik (ESS), umgestellt. Öffentliche Schulen bearbeiten die ESS in der Schulverwaltungssoftware ASV-BW. Privaten Schulen ohne ASV-BW steht ein alternatives, vom Land bereitgestelltes elektronisches Verfahren („ESS-Online“) zur Verfügung. Bei konsequenter Nutzung der Schulverwaltungssoftware ASV-BW und einer entsprechenden Datenpflege können Schulen wesentlich bei der Bearbeitung der amtlichen Schulstatistik entlastet werden und eine deutlich einfachere und komfortablere Abgabe der Statistik erzielen.

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine wurde im März 2022 die wöchentliche OFT-Umfrage zur Zahl der geflüchteten und zugewanderten Kinder und Jugendlichen eingerichtet. Die wöchentliche Erhebung ist durch die Kultusministerkonferenz beziehungsweise die Kommission für Statistik (KomStat) vorgegeben, an die die erhobenen Daten zu melden sind. Durch die Rückmeldungen der Schulen konnten für eine verlässliche Bedarfsplanung Zahlen zur Entwicklung der Schülerinnen und Schüler in VKL und VABO sowie der Klassen erhoben werden.

Das Schulportfolio gab es im Zusammenhang mit der früheren Fremdevaluation und wird nicht mehr eingefordert.

9. inwiefern sie der Auffassung ist, dass das Anfertigen und Bearbeiten von Berichten wie dienstliche Beurteilungen sowie pädagogische Berichte für das Jugendamt und für das zweistufige Verfahren zur sonderpädagogischen Überprüfung, dazu das Führen zahlreicher Dienstbesprechungen bspw. mit dem Schulamts, dem Schulträger, Fördervereinen – die sich stellenweise inhaltlich sogar doppeln –, schulinterne Fortbildungen für Lehrkräfte, pädagogisches Assistenzpersonal sowie für Schülerinnen und Schüler – inklusive der zahlreichen Absprachen im Vorfeld und im Nachgang – für Schulleitungen und das betroffene Lehrpersonal sehr viel Zeit in Anspruch nehmen;

Die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben ist nach § 41 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg ein wesentlicher Bestandteil der Aufgaben der Schulleiterin oder des Schulleiters. Das Erstellen dienstlicher Beurteilungen gehört beispielsweise aufgrund ihrer Bedeutung für die optimale Ämterbesetzung, aber auch für die berufliche Entwicklung der zu beurteilenden Beamtinnen und Beamten zu den Personalführungsaufgaben von Schulleiterinnen und Schulleitern, die nicht delegierbar sind.

Den Schulleitungen wird zur Entlastung die sog. Leitungszeit zur Verfügung gestellt, die sich nach den Vorgaben der Lehrkräfte-Arbeitszeit-Verordnung (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO) nach Maßgabe der Zahl der Klassen an der Schule bemisst. Die Unterstützung der Schulleitungen ist dem Kultusministerium ein großes Anliegen, daher werden kontinuierlich Bausteine des Konzepts zur Stärkung und Entlastung der Schulleitungen umgesetzt. So konnten zum Schuljahr 2022/2023 erste Verbesserungen in der Leitungszeit realisiert werden, in deren Rahmen Schulleitungen mittlerer und größerer Schulen entlastet werden. Auch wird besonderen Belastungssituationen Rechnung getragen, indem zusätzliche Anrechnungstunden für Außenstellen und im Rahmen der Inklusion gewährt werden. Im Haushalt 2023/2024 wurden zur weiteren Umsetzung des Schulleitungskonzepts 83 Deputate zur Verfügung gestellt, die ebenfalls in eine Anhebung der Leitungszeit fließen sollen. Angepasst werden soll dabei zum einen die Mindestanrechnung für die Schulleitungen kleiner Schulen und die Leitungszeit für sehr große Schulen. Derzeit läuft das Verfahren zur Änderung der Lehrkräfte-ArbeitszeitVO; das Inkrafttreten der Änderungsverordnung ist zum 1. August 2023 geplant. Mit den vorgenannten Verbesserungen sollen die Schulleiterinnen und Schulleiter in die Lage versetzt werden, sich ihrer Hauptaufgabe, der Leitung ihrer Schule, noch besser widmen zu können.

Auch in anderen Bereichen ist die Übernahme von Verwaltungsaufgaben oder die Mitwirkung im Rahmen von Verwaltungsverfahren durch Schulleitungen und Lehrkräften unerlässlich. Dies gilt auch für das Verfahren zur Feststellung eines Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, da diese in der Regel mit einem erheblichen Eingriff in die Bildungsbiographie einer Schülerin bzw. eines Schülers verbunden ist und deshalb zwingend einer nachvollziehbaren und begründeten fachlichen Basis bedarf.

10. ob und wenn ja, in welchem Ausmaß sie bezüglich der etlichen Hürden beim Datenschutz, wie das Einholen und Archivieren der Datenschutzeinwilligung bei Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Kolleginnen und Kollegen, dazu dem Anlegen von Verzeichnissen zum Datenschutz und das Erteilen von Auskünften über Daten bürokratische Hürden für Schulleitungen und Lehrkräfte erkennt;

Die Notwendigkeit zur Einholung von Einwilligungserklärungen, das Führen des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten sowie die Erteilung von Auskünften ergeben sich aus der Datenschutzgrundverordnung, einer europarechtlichen Vorschrift.

Es ist dem Kultusministerium ein großes Anliegen, die Schulen bei der Erfüllung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu unterstützen und durch die Bereitstellung von Informationen und Vordrucken zu entlasten. So stellt das Kultusministerium beispielsweise ein webbasiertes Werkzeug für das Führen der Verzeichnisse der Verarbeitungstätigkeiten zur Verfügung, in dem eine Vielzahl von Vorlagen für viele Anwendungszwecke verfügbar sind, die die Schulen nutzen können. Der bürokratische Aufwand für Schulen wird dadurch erheblich reduziert. Daneben stehen rechtskonforme Einwilligungserklärungen und Formulare für die Auskunftserteilung bereit. Erteilte Einwilligungen können in der Software Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg (ASV-BW) dokumentiert werden.

Zudem kann sich jede öffentliche Schule durch einen bei den Schulaufsichtsbehörden vorhandenen behördlichen Datenschutzbeauftragten unterstützen lassen.

11. inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Verteilung der folgenden Aufgaben auf Schulleitungen und Lehrkräfte bestmöglich umgesetzt sind: Verwaltung und Vertragswesen für Dienstgeräte sowie Überprüfung des Einsatzes von Privatgeräten von Lehrkräften an den Schulen;

Die Zulassung von privat beschafften digitalen Endgeräten für den dienstlichen Gebrauch ist Aufgabe der Schulleitung als dienstvorgesetzter Person der Lehrkraft. Mit dem Recht der Genehmigung geht auch die Pflicht der Überprüfung der Einhaltung von Regeln einher. Vor dem Hintergrund der Ausstattung von Lehrkräften mit Leihgeräten aus Mitteln des DigitalPakts, bei der rund 60 % der Lehrkräfte ein Endgerät erhalten haben, hat die Thematik der Zulassung von privaten Endgeräten für den dienstlichen Gebrauch an Bedeutung verloren.

Die Verwaltung von dienstlichen Endgeräten und die Gestaltung von Nutzungsvereinbarungen obliegt dem Schulträger.

Die Schule ist aus der Sicht des Datenschutzes ferner Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Das bedeutet, dass die Schule die Einhaltung der relevanten datenschutzrechtlichen Bestimmungen sicherstellen muss.

12. wie sie die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren hinsichtlich schulfreundlicherer Terminierungen der Abschlussprüfungstermine, der Abschaffung der Regel, dass Schulleiterinnen und Schulleiter bspw. Prüfungen persönlich von den Staatlichen Schulämtern abholen müssen sowie der Einführung eines Unterrichtsendes ab dem Beginn der mündlichen Prüfungen an Realschulen bewertet;

Das Kultusministerium steht im regelmäßigen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren sowie den Verbänden. Rückmeldungen fließen grundsätzlich in die weitere Arbeit ein.

Im Zusammenhang mit der Konzeption der neuen Realschulabschlussprüfung, die im Schuljahr 2020/2021 erstmals absolviert wurde, wurde der Prüfungszeitraum soweit als möglich an das Ende des Schuljahres gelegt, um die Lernzeit in den Prüfungsklassen zu verlängern. Damit können Qualität und Leistung in den Abschlussklassen wesentlich gesteigert werden.

Die Ausführungsbestimmungen für die Hauptschulabschlussprüfung, die Werkrealschulabschlussprüfung und die Realschulabschlussprüfung, die jedes Jahr zu Beginn des Schuljahres an die Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen versandt werden, wurden nach einem Vorfall im Jahr 2018 hinsichtlich unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Punkte geschärft. Dazu gehört auch die Abholung der Prüfungsaufgaben bei den Staatlichen Schulämtern nur durch die Schulleiterin bzw. den Schulleiter oder die stellvertretende Schulleiterin bzw. den stellvertretenden Schulleiter.

Schulpflicht besteht für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen grundsätzlich bis zum Entlasstag. Bis zu diesem Zeitpunkt ist an den Schulen Unterricht vorzuhalten.

13. inwiefern eine Abschaffung der Gleichwertigen Feststellungen von Schülerleistungen (GFS), Projektarbeiten im M-Niveau an Realschulen, der schriftlichen Prüfungen in den Wahlpflichtfächern bzw. die Neugestaltung oder der Wegfall der sogenannten Kompetenzanalyse Profil AC mit Entlastungen für das pädagogische Personal einhergehen (bitte bei der Begründung darauf eingehen, inwiefern man Lehrkräfte der verschiedenen betroffenen Schularten hierzu befragt hat oder noch zu befragen gedenkt);

Aufgabe der Schule ist es, Schülerinnen und Schülern erfolgreiche Abschlüsse und Anschlüsse zu ermöglichen. Um die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Berufswelt vorzubereiten, ist u. a. die Schulung überfachlicher und prozessbezogener Kompetenzen von Bedeutung. Für die Verteilung der Deputate und ggf. das Vorsehen von Entlastungen trägt die Schulleitung die Gesamtverantwortung.

14. inwiefern sie bezüglich der Ziffern 3 bis 13 Optimierungsbedarf sieht und diesen zeitnah umzusetzen gedenkt (bitte bei der Begründung darauf eingehen, welche Optimierungsmaßnahmen zum Bürokratieabbau wann umgesetzt werden sollen und inwiefern die entsprechenden Regelungen im Landesrecht begründet sind);

Für das Verfahren ASV-BW und ASD-BW findet eine kontinuierliche Optimierung der Verfahren im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten statt. Dabei wird auch das Feedback der Anwendenden bzw. Schulen einbezogen.

Dies gilt grundsätzlich auch für die Optimierung der Verwaltungsverfahren und -abläufe.

Der Abbau und das Geringhalten von bürokratischen Hürden sind Daueraufgaben, denen das Kultusministerium auch künftig intensiv nachgehen wird.

15. inwiefern sie an Schulen auch die Einstellung von Verwaltungs- und anderweitigen Assistenten als adäquate und wirksame Bürokratieabbaumaßnahme ansieht (bei Bejahung bitte darauf eingehen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese Einstellung unterstützt);

Eine Schulverwaltungsassistenz kann durchaus ein Mittel sein, um Schulleitungen bei bürokratischen Aufgaben zu entlasten. Seit 2006 erprobt das Kultusministerium an inzwischen noch neun besonders großen Schulstandorten in einer anhaltenden Modellphase Schulverwaltungsassistenzen, die hälftig vom Schulträger und vom Land finanziert werden. Zu beachten ist, dass die Aufgabenfelder der einzelnen Schulverwaltungsassistentinnen und Schulverwaltungsassistenten unterschiedlich angelegt sind. Dies hängt von jeweils individuellen Vereinbarungen und Absprachen der Schulträger mit ihren am Modell beteiligten Schulen ab.

II.

eine Task Force im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport einzurichten, welche regelmäßig die Organisations- bzw. Verwaltungsabläufe in den Schulen auf ihre Effizienz, Zweckmäßigkeit und ihren Grad an Bürokratisierung untersucht und konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei schulischen Abläufen vorschlägt.

Das Kultusministerium unterstützt die Schulen im Rahmen des Möglichen und prüft insbesondere bei der Einführung neuer gesetzlicher Aufgaben, wie der bürokratische Aufwand für die Schulen so gering wie nötig gehalten und zur Entlastung der Schulleitungen beigetragen werden kann. Dabei ist das Kultusministerium regelmäßig auf verschiedenen Ebenen mit den unteren und oberen Schulaufsichtsbehörden sowie mit Schulleitungen und Lehrerverbänden in Kontakt. Im Rahmen dieser Regelkommunikation werden auch Anliegen zu Organisations- und Verwaltungsabläufen aufgegriffen und, wenn immer möglich, einer einvernehmlichen Lösung zugeführt.

Eine übergreifende Task Force am Kultusministerium, die sich mit den Organisations- bzw. Verwaltungsabläufen in den Schulen befasst, wäre nicht sinnvoll, da die Abläufe an den Schulen in der Regel nicht losgelöst von den konkreten Bedingungen vor Ort betrachtet werden können und zudem die Zuständigkeit des jeweiligen Schulträgers für die äußeren Schulangelegenheiten beachtet werden muss. Diesbezügliche Vorgaben seitens des Kultusministeriums könnten zudem als Eingriff in die organisatorische Eigenständigkeit der Schulen aufgefasst werden.

Schopper
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport